

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. jährlich. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Angelagerter: Die halbpaltre Kanonette 20 Goldpfennig, die halbpaltre Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die halbpaltre Reklamazeile im täglichen Teil 100 Goldpfennig. Hochverwaltungsgebühr 20 Goldpfennig. Sonstige und Platzverordnungen siehe die Wilsdruffer Tageblatt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 139. — 85. Jahrgang. Telogr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, 17. Juni 1926

Kommt Poincaré wieder?

Man hat an der Berliner Börse am Dienstag für 100 Frank nur noch 11,75 Reichsmark bezahlt, so daß es vermutlich wohl nicht mehr sehr lange dauern wird, bis die französische Währung auf ein Niveau ihres Vorkriegswertes gesunken ist. Und am gleichen Tage mußten in London für ein Pfund Sterling nicht weniger wie 180 Frank bezahlt werden, wobei man sich auch dort mit dem weiteren Sinken der französischen Währung vertraut gemacht hat. An die Stelle des bei der Rechten sehr unbeliebten Caillaux war bei der letzten Kabinettskrise in Frankreich als Finanzminister Poincaré getreten, der völlig scheiterte, so sehr, daß er seine Demission erklärte, nun aber zusammen mit dem stürzenden Frank auch das ganze Kabinett mit sich riß; Briand ist wieder einmal zurückgekehrt, aber man ist in Frankreich ganz allgemein der Ansicht, daß nur Briand aus dem Chaos wieder herausführen kann, daß er also wieder Ministerpräsident werden muß. Allerdings ist wohl auch jetzt die Stunde gekommen, da das Wahlergebnis vom 11. Mai 1924, das der Linken einen Sieg verschaffte, sozusagen liquidiert wird, indem nun auch die Rechte, die damals geschlagen wurde, wieder herangezogen wird mitten in die Verantwortung hinein. Man spricht von einem Koalitionskabinett, in dem — Poincaré auftauchen soll, möglichst als Finanzminister, da Caillaux wenig Lust zum Übernehmen dieses Ministerpostens zeigt.

Ganz besonders schlimm ist in Frankreich die Lage deswegen, weil man sich so überaus uneinig über das ist, was nun eigentlich geschehen soll, daß man vor lauter Streit und Überlegung zu gar nichts kommt. Man hat einen Sachverständigenausschuß eingesetzt, aber auch ihn reht es nicht anders. Nicht bloß über Einzelheiten zankt man sich mit einer fast grotesken Erbitterung, sondern es geht um die Grundfrage: schärfstes staatliches Eingreifen in den Geldverkehr und das Wirtschaftsleben oder völlige Freigabe des privatwirtschaftlichen Vorgehens. Die Stützungsaktion des Frankens mit Hilfe der 100-Millionen-Dollaranleihe, die das Bankhaus Morgan schon vor zwei Jahren zur Verfügung stellte, schlug völlig fehl. Wenn der Sachverständigenausschuß vorgeschlagen hat, die kurzfristigen Staatsanleihen — mindestens 60 Milliarden Frank — die bisher in der Hauptsache durch Neuausgabe von Banknoten oder Umtausch in neue Anleihen „zeitigt“ wurden, nun zum gesetzlichen Zahlungsmittel zu machen, so dürfte auf diese Kasseninflation wohl zu weiterer und nur noch schnellerer Sturz des Frankens zu folgen. Ebenso gescheitert ist ja der Versuch, durch Umtausch der Eisenmarken innerer Anleihen gegen eine neue goldwertige eine Robustifizierung zu schaffen, weil man dafür offenbar nicht das notwendige Vertrauen aufbrachte. Briand hat durchaus nicht unrecht, wenn er zwar darauf hinweist, daß man in Italien, England und Belgien Frankverträge tätige, um die eigene Währung zu halten, daß aber auch in Frankreich selbst der Frank eifrig verläuft wird, weil die Franzosen das Vertrauen zu ihrer eigenen Währung verloren haben.

Ein „Kabinett der nationalen Einheit“, woran sich aber schon die Sozialisten unter Herriot wohl nur sehr löbend beteiligen würden, ist ein Wort, das schnell ausgesprochen, vielleicht auch verwirklicht werden kann, aber es muß doch auch einen praktischen Gedanken, ein Ziel und ein Programm haben. Briand soll eine Blankovollmacht verlangen, offenbar etwa in der Art, wie sie ja bei Stabilisierung der deutschen Währung das damalige Kabinett Marx im Ermächtigungsgesetz erhielt und ausübte. Denn bei dem Durcheinander der in Frankreich besonders starken wirtschaftlichen Einflüsse, die sich namentlich in der Deputiertenkammer betätigen, bei dem Nachhangeln mancher Parlamentarier, die jede Schwierigkeit des Gegners benutzen, um sie aufzubahnen, in entlegende Läden hineinzustößen, die Krise nur noch zu verschärfen, wird selbst eine energische Hand es in Frankreich noch viel schwerer haben, durchzubrechen zu können.

Wird Poincaré wirklich Finanzminister, dann ist er wieder der mächtigste Mann in Frankreich, was wir Deutsche ja kaum sehr angenehm empfinden werden. Ein Interesse aber haben wir daran, daß jenseits des Rheins rüchlich Ordnung in der Währungsfrage geschaffen wird, weil sonst die wirtschaftliche Unruhe immer stärker überhand nimmt.

Fürstenabfindung und Wirtschaft.

Von Dr. Reichert, W. v. N.
Was hat die Wirtschaft mit der Fürstenabfindung zu tun? — So mag mancher angesichts der Überschrift dieser Betrachtung fragen und denken, daß es sich bei der Regelung des Eigentums der Fürsten um eine Angelegenheit handle, deren Entscheidung durch die Absehung der Fürsten im November 1918 im wesentlichen vorweggenommen sei. Ledigen wir im Volkswirtschaftlichen, so hätte diese Auflassung alles für sich. Der Begriff des Privateigentums, also des persönlichen Eigentums, erlebte im Sowjetland eine tiefgreifende Erschütterung und weitgehende Einschränkung zugunsten des Staats- und Gesellschafts-

Briand bildet die neue Regierung.

Das zehnte Kabinett Briand

Paris, 16. Juni. Briand hat den Auftrag zur Neubildung der Regierung angenommen. Als er nach einstündiger Beratung mit Doumergue das Elisee verließ, erklärte er: Nach Rücksprache mit verschiedenen politischen Persönlichkeiten hat mich der Präsident der Republik gebeten, das neue Ministerium aufzustellen. Ich habe geglaubt, den mir erteilten Auftrag nicht



Briand.

ablehnen zu können, und werde versuchen, die Einigung der Parteien auf breiterer Grundlage zu verwirklichen, indem ich mich an deren hervorragendste Persönlichkeiten wende. Zweifelloserweise werde ich noch heute abend mit zwei oder drei Persönlichkeiten Rücksprache nehmen, um das Terrain zu erkunden, und morgen früh mit den endgültigen Verhandlungen beginnen.

Poincaré wird Finanzminister

Berlin, 16. Juni. Ueber die Beratungen, die der Präsident Doumergue im Laufe des heutigen Nachmittags über die Regierungskrisis geführt hat, wird noch aus Paris berichtet: Von den vielen Besuchen, die der Präsident der Republik im Laufe des heutigen Tages empfangen hat, ist der am meisten kommentierte der Besuch Poincarés, und es ist sicherlich kein Zufall, daß die Unterredung mit ihm die ausgedehnteste war, die der Präsident Doumergue heute gehabt hat.

Paris, 16. Juni. Am Nachmittag hatte eine Aussprache zwischen Briand und Poincaré stattgefunden, nach der Poincaré im Senat erklärte, er sei grundsätzlich bereit, das Finanz-

ministerium zu übernehmen, und werde versuchen, die Einigung der Parteien auf breiterer Grundlage zu verwirklichen, indem ich mich an deren hervorragendste Persönlichkeiten wende. Zweifelloserweise werde ich noch heute abend mit zwei oder drei Persönlichkeiten Rücksprache nehmen, um das Terrain zu erkunden, und morgen früh mit den endgültigen Verhandlungen beginnen.

Die Revolutionierung der althergebrachten russischen Rechtsverhältnisse führte infolge des neuen bolschewistischen Geistes zu einer grundlegenden Umwälzung der ganzen Volkswirtschaft, zu einer Zerstörung der Privatwirtschaft. Handel und Wandel sind gelähmt. Die Gütergewinnung leidet in allen Wirtschaftszweigen. Selbst das Familienleben ist nicht frei geblieben. Die Erscheinung des wagemutigen Unternehmers ist dem Rufstand der Gegenwart fremd geworden. Der kommunistische Parteiemann ist ein schlechter Hüter der sich frei betätigenden Wirtschaft.

Wäre es in Deutschland etwa anders gegangen, wenn sich die bolschewistischen Ideen über Wirtschaft und Eigentum zu Gesetz und Recht entwickelt hätten? Ein solches Wagnis wollten die Führer der Umwälzung in Deutschland vom November 1918 nicht unternehmen. Sie übertrugen vielmehr die Regelung der Grundgesetze der Wirtschaft der Weimarer Nationalversammlung. Der gesunde Menschenverstand, der keine sinnlose Vernichtung der Volkswirtschaft, sondern sinnvollen Wiederaufbau wollte, bestätigte das vieltausendjährige Recht des Privateigentums, eine Anerkennung der persönlichen Leistung jedes Volksgenössigen. Hierbei wurde keinerlei Unterschied nach Geschlecht und Stand, nach Alter und Beruf usw. gemacht. So wurde also auch den Fürsten genau wie dem Arbeiter, dem Bauern, dem Gewerbetreibenden sein Privateigentum verbrieft. Kein einziges der deutschen Länder, selbst nicht diejenigen unter linksradikaler Führung, haben es bisher unternommen, die Fürstenabfindung so zu betreiben, daß etwa eine entschädigungslose Abfindung das Ergebnis war. Hatten doch auch die Fürsten neben dem Verlust ihrer staatlichen Bezüge infolge der Inflation und der Aufwertungsgegebung starke Einbußen erlitten.

portefeuille im neuen Ministerium zu übernehmen; er werde aber sehr scharfe Bedingungen stellen.

Zollbesprechungen beim Reichskanzler

Um die Gestaltung der Getreidezölle. Zwischen Vertretern der Regierungsparteien, dem Reichskanzler, dem Reichsernährungsminister und dem Reichslandwirtschaftsminister fanden Besprechungen über eine Finanzschiebung der erhöhten Getreidezölle statt, die normalerweise am 1. September in Kraft treten sollen, statt, ohne daß man schon zu endgültigen Beschlüssen kam. Ursprünglich waren in dem Zolltarif des vorigen Jahres die erhöhten Zollsätze, die jetzt in Kraft treten sollen, eingeführt worden, um sie bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Getreideländern als Kampfmittel zu benutzen. Wie es heißt, ist bei einigen Parteien der Wunsch laut geworden, die erhöhten Getreidezölle vorläufig noch nicht einzuführen. Vor allem verlangen die Sozialdemokraten, endgültig auf dieses Kampfmittel zu verzichten. Andererseits bestehen aber die Deutschnationalen darauf, daß zu dem vorgesehenen Termin der erhöhte Zollsatz besonders für Getreide eingeführt wird. Die Verhandlungen werden fortgesetzt und werden in der nächsten Woche in ein entscheidendes Stadium treten.

Schwerer Unfall bei einer Sanitätsübung.

Ein Schulfahrer ertrunken. In Nikolassee bei Berlin ereignete sich bei einer Sanitätsübung von Männer- und Frauenvereinigungen des Roten Kreuzes von Groß-Berlin ein beispielloser tödlicher Unglücksfall. Auf einem Dampfer, auf dem nach dem Übungsplan eine (singuläre) Explosion erfolgen sollte, befanden sich mehrere Schüler aus Zehlendorf, denen von ihren Eltern die Erlaubnis gegeben worden war, von dem Dampfer in den See zu springen, um sich dann reiten zu lassen. Obwohl von der Leitung der Übung angeordnet worden war, daß mit Rücksicht auf das schlechte Wetter die Kinder auf dem Dampfer verbleiben sollten, sprangen doch die meisten, als die Signalkraften aufstiegen, ins Wasser. Einer von den Schülern, der 13-jährige Wilhelm Jähne aus Zehlendorf, versank in den Fluten und tauchte nicht wieder auf. Er ist wahrscheinlich einem Herzschlag erlegen. Unter den vielen hundert Leuten, die der Übung beiwohnten, rief der Unfall große Erregung hervor.

würde nach den politischen Erschütterungen der letzten acht Jahre von neuem ein gefährlicher Weg beschritten, der schließlich in bolschewistische Wirtschaftsverwirrung führen könnte. Man sollte nicht zulassen, daß der gerade Weg des Wiederaufbaues verlassen wird, daß die im Sturm von Jahrtausenden erprobten Fundamente der Wirtschaft untergraben werden.

Mag Immelmann.

Zur 10. Wiederkehr seines Todesstages. Vor zehn Jahren, am 18. Juni 1916, fiel an der deutschen Westfront der hervorragende deutsche Fliegeroffizier Mag Immelmann. Noch heute erinnert man sich mit Stolz und Bewunderung seiner Grothaten, die ein



Nachmesblatt in der Geschichte der deutschen Luftwaffe bilden und ihn, neben dem Hauptmann Böcke und dem Freiherrn Max von Richthofen, zu einem der meistgenannten Kampfflieger des Weltkrieges gemacht haben. Wiederholt wurde ihm die Ehre zuteil, in den amtlichen Seeresberichten an besonderer Stelle genannt zu werden, und auch die Feinde, vor allem die feindlichen Flieger, erkannten seine hohe Bedeutung an und rühmten neben seinem Kampfesmut, seiner launenswerten Treffsicherheit vor allem auch sein vornehmes, ritterliches Wesen. Über 20 Kampfflugzeuge hat er abgeschossen. Sein Name war bekannt, gleich dem Namen Dito Weddigens.